Peter Stadler

Eidgenossenschaft und Reformation

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit dem Problem, warum die Eidgenossenschaft im Gegensatz zum übrigen Reich die Reformation heil überstanden hat. Stellen wir die Antwort auf diese Frage noch einen Augenblick zurück – jedenfalls bemühe ich mich, im folgenden mit ein paar knappen Thesen das herauszuheben, worin sich der Reformationsverlauf vom deutschen unterscheidet. Diese fünf Thesen gruppieren sich um folgende Stichworte:

1. Phasenverschiebung des Reformationsverlaufs gegenüber Deutschland
2. Reformation als primär städtischer Vorgang?
3. Solddienste
4. Sprachenfrage
5. Bauernfrage

Vorauszuschicken ist folgendes: Die alte Eidgenossenschaft der dreizehn Orte – Länder- und Städtekanthone – war in ihrer äußeren Entwicklung beim Reformationsbeginn gerade zum Abschluß gekommen; der letzte Ort, Appenzell, war erst 1513 zu vollwertiger Mitgliedschaft aufgenommen worden. Es bestand auch nicht einfach eine völlige Gleichberechtigung aller Orte: ein volles Bündnisrecht besaßen z. B. nicht alle; es gab bestimmte Abstufungen, vor allem zugunsten der alten acht und zu Lasten der später hinzugekommenen Orte. Das ist für unser Thema insofern von Bedeutung, als die eidgenössischen Glaubenskriege nie einfach zwischen allen katholischen und allen reformierten Orten ausgegetragen wurden, sondern begrenzt blieben: wirklich gekämpft haben jeweils die fünf inneren Orte, die den Kern der alten und zugleich der katholischen Eidgenossenschaft bildeten, gegen die zwei präponderanten und reformierten Städtekanthone Zürich und Bern. Andere Orte nahmen eine mehr vermittelnde Position ein – vor allem Freiburg und Solothurn, Glarus und Appenzell.

Sodann: Der eigentliche Kitt, der die alte Eidgenossenschaft auch nach der konfessionellen Spaltung zusammenhielt, waren die Gemeinen Herrschaften, also die Untertanengebiete, die von allen oder einem Teil der dreizehn Orte gemeinsam regiert wurden. Die Tagsatzungen – eine Art eidgenössische Variante der Reichstage – hatten neben der Besprechung gemeinsamer Obliegenheiten wesentlich auch die Funktion von Verwaltungssitzungen in bezug auf diese Untertanengebiete. Die Gemeinen Herrschaften wurden aber gerade deshalb auch die spezifischen *Reizzonen der konfessionellen Spaltung*, da jede Veränderung des Status quo die ohnehin prekären Gleichgewichtsverhältnisse stören mußte.

Neben den Orten und ihren Untertanengebieten gab es als eidgenössisches Spezifikum ferner die sog. *Zugewandten*, also politische Gebilde, die wohl der Eidgenossenschaft zugerechnet wurden, aber ihr nicht als voll gleichberechtigte Orte angehörten.

Auch da gab es Abstufungen, vor allem nach Bedeutung und Größe – neben großen wie den drei Bünden und dem Wallis auch Reichsstädte wie Rottweil und Mülhausen. Von Bedeutung aber ist, daß die konfessionelle Spaltung quer durch die Zugewandten ging.

Wenn ich einleitend sagte, die alte Eidgenossenschaft habe ihren Bestand um 1520 gerade erst erreicht, so ist hinzuzufügen, daß ein weiteres Wachstum – etwa durch die Erhebung von Zugewandten zu Vollmitgliedern – an sich denkbar gewesen wäre, aber durch die konfessionelle Spaltung fast zwangsläufig zur Unmöglichkeit wurde, da jede Änderung auf die Obstruktion der anderen Konfessionsgruppe stieß. Das zeigt sich z. B. am Veto der inneren Orte gegen eine Aufnahme Genfs in die gesamteidgenössische Zugewandtschaft. Dies ein paar Bemerkungen zum Vorverständnis¹.

1. Phasenverschiebung des Reformationsverlaufs gegenüber Deutschland

Was zunächst rein äußerlich und chronologisch auffällt, ist eine *Phasenverschiebung* gegenüber den konfessionspolitischen Auseinandersetzungen im Reiche. Den 1. Glaubenskrieg (den sog. 1. Kappelerkrieg) durchficht die Schweiz – übrigens unter geringen Verlusten – bereits 1529, also zu einem Zeitpunkt, da in Deutschland die konfessionellen Grenzen und Verbindungen sich noch in ihren Anfängen befinden. Es folgt eine kurze Phase der reformierten Expansion, vor allem in den deutsch-schweizerischen Untertanengebieten, sie wird abgeblockt durch den überstürzt entfesselten 2. Kappelerkrieg mit der Niederlage der Reformierten.

Der Zweite Kappeler Landfriede von 1531 hat für die deutsche Schweiz Konfessionsgrenzen geschaffen, die (von geringen, noch offenen Ausnahmen wie Glarus und Appenzell abgesehen) auf Jahrhunderte Bestand haben sollten. Schwierig war die Ausscheidung vor allem in den Gemeinen Herrschaften; sie ist im wesentlichen zugunsten der mehrheitlich katholischen Herrschaftsorte vollzogen worden. In diesem Definitivum liegt also der entscheidende Unterschied etwa zum Augsburger Religionsfrieden von 1555, der das freie Spiel der expandierenden Konfessionskräfte nicht zu beeinträchtigen vermochte. Ein weiteres kommt hinzu. Der Tod des eigentlichen Kriegsurhebers Zwingli hat diese Schlichtung zweifellos erleichtert und gewisse Emotionen, die vor allem auf katholischer Seite bestanden, abbauen helfen: fortan herrschte beiderseits zwar kühles Mißtrauen vor, aber die Kriegshysterie der Jahre 1530/31 blieb gebannt.

Die Konfessionsgrenzen waren somit im Sinne eines ‚status quo‘ eingefroren. Aber das schloß expansive Erweiterungen *außerhalb* ihres Bereichs nicht aus. So gelang Bern bekanntlich 1536 die Eroberung der Waadt und die Entsetzung des bedrängten Genf – damit war die reformierte Niederlage mehr als kompensiert. Die katholischen Orte haben es aber bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft vermieden, die

¹ Im übrigen verweise ich auf *H. C. Peyer, Verfassungsgeschichte der alten Schweiz* (Zürich 1978)

Waadt als eidgenössisch anzuerkennen und irgendwelche Verteidigungsverpflichtungen zu übernehmen. (Und der letzte Gebietszuwachs, den die Eidgenossenschaft überhaupt erfahren hat, ist konfessionell geteilt worden – es war dies die Grafschaft Greyerz, ein Gebilde von der Ausdehnung eines kleineren Kantons. Als der letzte Graf in Konkurs ging, übernahm wohl Bern einen Teil davon, das Gebiet um Gstaad und Saanen, und führte es dem neuen Glauben zu, das Kerngebiet Greyerz dagegen ging in den Besitz des katholischen Freiburg über. Das war um 1555.)

Dafür ist den katholischen Orten ein Abwehrgewinn gelungen, und zwar gleichfalls im Westen – sie schlossen 1579 ein Bündnis mit dem Fürstbischof von Basel und ermöglichten ihm so eine zielbewusste Rekatholisierungspolitik. Dadurch konnte dieses bereits protestantisch durchsetzte Territorium, im wesentlichen der heutige Kanton Jura, beim katholischen Glauben erhalten werden.

Man sieht: es waltet ein konfessionspolitisches Ausgleichsprinzip – Gewinne der einen Seite werden dann meist durch entsprechende Gegenzüge der anderen kompensiert, dies alles wohlverstanden immer in den peripheren Zonen. In den Kerngebieten blieb die Ordnung von 1531 ohnehin unangetastet, plötzliche Veränderungen, wie sie im Reich durch den Konfessionswechsel eines Fürsten jederzeit möglich waren, gab es keine mehr.

Vor diesem Hintergrund ermißt man die Bedeutung des relativ friedlichen Jahrhunderts zwischen 1540 und 1640. Es ist die Zeit, da sich in der Schweiz die Praxis der Neutralität herausbildete – nicht im Sinne einer Ideologie, sondern einer Notwendigkeit: ein Eingreifen des einen Teils in einen ausländischen Konfessionskampf hätte zwangsläufig den des anderen und damit die Selbstzerfleischung nach sich gezogen. Das hat sich am Beispiel Graubündens während des Dreißigjährigen Krieges deutlich genug erwiesen.

Freilich bedarf die These von der Phasenverschiebung der Präzisierung. Es ist zwar richtig, daß die eigentliche Entscheidung gegenüber der Entwicklung im Reiche antizipiert wurde – dafür gab es dann auch noch eine zeitliche Phasenverschiebung nach hinten. Die Schweiz holte nämlich später die lange Zeit ausgebliebenen Konfessionskämpfe doch noch nach: in den beiden sog. Villmergerkriegen von 1656 und 1712 – kurzen und heftigen Kriegen, die nach Ursache und Charakter eindeutige Glaubenskriege waren. Aber die änderten trotz ihres verschiedenartigen Ausgangs – im ersten siegten die Katholiken, im zweiten Zürich und Bern – nichts am konfessionellen Status quo. Ja selbst der Sonderbundskrieg von 1847 wies nach Anlaß und Fronten deutlich das Kennzeichen eines Konfessionskrieges auf – beinahe des letzten in Europa. Diese nachgeholten Kriege haben zweierlei gemeinsam: einmal die Kürze des Verlaufs, sodann fielen sie zeitlich nicht mit anderen europäischen Konfessionskämpfen zusammen, führten also nicht zu ausländischer Intervention.

2. Reformation als primär städtischer Vorgang?

Wenn man die Reformation nach der bekannten Formel von Arthur Dickens als ‚urban event‘ definiert, so gilt das in besonderem Maße von der Schweiz. Entscheidend

war Zürichs Beispiel, das dann nach Bern, später auch nach Basel und Schaffhausen weiterzündete.

Zürich vollzog nicht nur vor allen Reichsstädten zuerst den Bruch mit der alten Kirche – sein Übergang zur Reformation war noch aus einem anderen Grunde wegleitend. Er vollzog sich ja auf Weisung von Bürgermeistern und Räten, und zwar unter dem Eindruck zweier Disputationen, die nichts anderes waren als Glaubensentscheidungen mit obrigkeitlichem Plazet. Bernd Moeller hat in einer bahnbrechenden Abhandlung² auf das entscheidend Neue dieses Vorgangs hingewiesen, der die bisher streng akademische Tradition der Disputationen umstieß bzw. umfunktionierte. Er hat aber auch ihre Fernwirkungen aufgezeigt: diese neue, politisierte Form der Disputation (politisiert im wörtlichen Sinne: Disputation im Schoß und Rahmen der Polis) findet im Reich zahlreiche Nachahmungen, von süddeutschen Städten bis Hamburg und Lübeck. Bemerkenswert dabei ist fast immer, daß es die stärkere, die im Siege begriffene Seite ist, welche die Disputation anstrebt, um sie dann in ihrem Sinne manipulieren zu können. Salats Reformationschronik zeigt mit aller Deutlichkeit, wie Zwingli und sein Anhang dafür sorgten, daß die Verteidiger des alten Glaubens nicht zu Wort bzw. zu wirksamer Entfaltung ihrer Argumente kamen. Die Katholiken haben dann im Gegenzug ihrerseits 1526 eine Disputation unter ihrer Regie in Baden durchgeführt, die ihnen optisch einen Erfolg brachte (dank einem so bewährten Mata-dor wie dem aus Ingolstadt hergeladenen Johannes Eck), ihnen aber insofern mißlang, als Zwingli sich nicht zur Teilnahme bewegen ließ. Die Berner Disputation von anfangs 1528 stand dann wieder ganz im Zeichen der reformierten Präponderanz, diesmal war Zwingli dabei.

Es ist nun aber interessant, daß die Reformation nicht in allen Städtkantonen der Schweiz Fuß fassen konnte, sie scheiterte in Luzern, Freiburg und Solothurn. Das Warum wäre von Fall zu Fall zu untersuchen, etwa nach dem Beispiel von Rublacks Buch über die Gescheiterte Reformation. Haarscharf an der Reformation vorbei ging Solothurn, wo einzelne Zünfte (vor allem die Schiffeleute) und einflußreiche Politiker bereits für sie gewonnen waren. Man kann mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sagen, daß ohne Kappel die Stadt sich ihr unter dem Einfluß Berns binnen kurzem angeschlossen hätte. Ganz anders Luzern, wo es zwar unter der Geistlichkeit einige reformierte Aktivisten gab – so den späteren Zwinglibiographen Oswald Myconius/Geishüsler oder den Schaffhauser Sebastian Hofmeister. Den Ausschlag dürfte aber doch die enge Verbindung der führenden Ratsgeschlechter mit dem Sold-dienst gegeben haben, die ja auch die katholische Innerschweiz bestimmte. Der erste Gardehauptmann der 1506 geschaffenen päpstlichen Schweizergarde war Luzerner; daraus hat sich später eine gewisse Kontinuität ergeben. Die katholische Führungsgruppe berief dann ihrerseits einen militanten Geistlichen in der Person des Elsässers Thomas Murner, der durch seine Kampfschrift „Von dem grossen lutherischen Narren“ berühmt geworden war und sich in den kritischen Jahren 1524–29 für die Katholischerhaltung der Stadt einsetzte.

² B. Moeller, Zwinglis Disputationen, in: ZRG GA 56 (1970), 60 (1974)

Retrospektiv muß man es als glückliche Fügung hinstellen, daß die Reformation nicht in allen Schweizerstädten durchbrechen konnte. Der Stadt-Land-Gegensatz innerhalb der Eidgenossenschaft, diese schwere Hypothek des 15. Jahrhunderts, wäre sonst erneut aufgekommen und hätte möglicherweise die Existenz der Eidgenossenschaft in Frage gestellt. Daß die westlichen Vorposten Freiburg und Solothurn katholisch blieben, hat überdies verhindert, daß die inneren Orte – die sich um 1480 entschieden gegen die Aufnahme dieser beiden Städte in die Eidgenossenschaft gesperrt hatten – sich völlig von jeglicher Westpolitik distanzieren. Ihr bereits erwähntes späteres Bündnis mit dem Fürstbischof von Basel exemplifiziert, daß es neben der *reformierten* Westpolitik, die vor allem Genf zugutekam, auch eine katholische gab. Ja es hat sich in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts ein eigentliches eidgenössisches Staatensystem herausgebildet, beruhend auf einem labilen Gleichgewicht, beruhend aber auch auf einer Verflechtung gemeinsamer Interessen.

Übrigens: Wo die Reformation auch in Länderkantone eindringen konnte (Appenzell, Glarus), hatte sie doch ihre spezifisch städtischen Bezugspunkte und Bezugspersonen.

3. Solddienste

Man mißversteht Zwingli, wenn man in ihm nur den Reformator, den Kritiker kirchlicher Mißbräuche sieht. Er ist vor allem auch und zeitlich zuvor schon ein *Gegner der Solddienste* gewesen – das hebt ihn von Luther ab und macht ihn gewissermaßen zu einer schweizerischen Sondererscheinung. Dem Disputationserfolg von 1523 ging 1521 ein anderer voraus: der unter seinem Einfluß beschlossene Nichtbeitritt Zürichs zum französischen Soldbündnis, der Zürich in der Eidgenossenschaft bereits isolierte. Die Tragweite dieses Alleingangs ermißt sich an der Tatsache, daß Soldbündnisse damals die heißen Eisen waren – nach der blutigen Katastrophe von Marignano 1515, die sich dann in derjenigen von Bicocca erneuerte, war eine Ernüchterung, ein eigentlicher Meinungsumschwung über erhebliche Teile der Öffentlichkeit (im damaligen Sinne) gekommen – eine Ernüchterung, die Zwinglis Resonanz erst verständlich macht. In den Akten enthüllt sich ein weitverbreitetes Malaise: es ist vom Fluchen über das Pensionswesen die Rede, man sollte „die kronen fresser erstechen“ etc.³ Die Kronenfresser – das war in erster Linie die mit dem Söldnerwesen besonders verbundene politische Prominenz in den Städten wie auf dem Lande, aus der in zunehmendem Ausmaß eigentliche Soldunternehmer hervorgingen. Das ist der eine Aspekt: eine Oligarchie von Kriegsgewinnlern. Es gibt aber einen anderen: nämlich die *Unentbehrlichkeit der Solddienste*. Sie waren vor allem für die inneren Orte mit ihrem starken Bevölkerungsdruck und ihrer Umstellung von der Agrar- auf die ertragreichere Alpwirtschaft mit ihrem geringeren Personalbedarf geradezu eine Lebensnotwendigkeit – weit mehr als für die Städtkantone des Mittellandes. Die reformierte Polemik gegen

³ J. Strickler, Actensammlung zur Schweizerischen Reformationsgeschichte in den Jahren 1521–1531, Bd. 1 (Zürich 1878) Nr. 382, 28. 2. 1522

das Söldnerwesen traf somit in diesen alpinen Zonen einen eigentlichen Lebensnerv. Diese Zusammenhänge machen einerseits die Sympathien begreiflich, die Zwingli weitherum fand, aber ebenso die Emotionen, die sich gegen ihn entluden – eine nur reformatorische Aktivität hätte wohl kaum solche Antipathien ausgelöst. Die Reformation ist also durch die Solddienste wesentlich aktiviert worden, andererseits hat sie sich dadurch auch Grenzen gezogen. Auf den Solddiensten beruhte ja auch die sog. Großmachtstellung der Schweiz, die keine echte war, weil ihr das machtmäßige wie räumliche Potential und nicht zuletzt die Einheit der Staatsführung abgingen, ohne die eine echte Großmacht schon damals nicht denkbar war.

Noch eines: die Soldbündnisse erfüllten – bei allen Mißbräuchen, die sich mit ihnen verknüpften – nicht nur eine volkswirtschaftliche Funktion, sie sorgten das ganze 16. und 17. Jahrhundert hindurch für einen neutralisierenden Ausgleich, indem sie mit Frankreich ebenso wie mit der habsburgisch-spanischen Mächtegruppe geschlossen wurden. Sie erzwangen – im Interesse von ungestörtem Söldnerexport – ein außenpolitisches Krisenmanagement von Fall zu Fall, das letztlich der Neutralität zugutekam.

4. Sprachenfrage

Zunächst muß man sich vor dem Irrtum bewahren, als sei die Schweiz des 16. Jahrhunderts schon eine mehrsprachige Schweiz im späteren Sinne gewesen. Das war sie keineswegs. Vielmehr verstanden sich die dreizehn Orte, auf die es letztlich ankam, bewußt als deutschsprachig. Das hat sich erst 1798 bzw. 1815 zu ändern begonnen. Aber es gab doch italienisch- und französischsprachige Untertanen, auch Zugewandte, zwar nicht aller, aber doch einiger Orte, wie Genf und Neuchâtel; es gab zudem die italienischsprachigen Bündner Südtäler. Das waren, gesamtschweizerisch gesehen, Randzonen, aber konfessionspolitisch fielen sie erheblich ins Gewicht, auch wenn man vom weltgeschichtlichen Sonderfall Genf absieht. Neuchâtel ging unter dem Einfluß und Druck Berns als erste französischsprachige Stadt von einiger Bedeutung 1530 zur Reformation über – von hier wandte sich der Reformator Neuchâtel, der Südfranzose Farel, dem Reformationswerk in der Rhonestadt zu. Seine eigentliche Breitenwirkung gewann der neue Glaube dank der bereits erwähnten bernischen Eroberung der Waadt – damit war ein geschlossenes Gebiet gewonnen, das für lange Zeit das einzige Territorium reformierter Konfession im französischen Sprachbereich bleiben sollte. Die Sonderentwicklung der Westschweiz gegenüber Frankreich ist ganz wesentlich von dieser Voraussetzung her zu verstehen. Auf ganz gesehen kann man sagen, daß die kulturelle Bedeutung der reformierten Welschschweiz beträchtlich war – nicht zuletzt dank ihrer zwei Akademien – wesentlicher jedenfalls als ihre politische Bedeutung, die bis zum Ausgang des Ancien Regime gering blieb. Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung der italienischsprachigen Südtäler, vor allem des Puschlavs und Chiavennas. Hier setzte sich die Reformation zwar nicht völlig durch, aber es entstanden doch reformierte Gemeinden, die einigen prominenten italienischen Refugianten – beispielsweise Vergerio – als Wirkungsstätte dienten. In Poschiavo edierte eine Druckerei reformiertes Schrifttum, die einzige, die das im italienischen Sprachbereich

tun durfte. Proteste fruchteten nichts; erst im Dreißigjährigen Krieg konnte wirksam dagegen vorgegangen werden.

Von daher begreift man auch, daß die katholische Mehrheit der regierenden Orte Ansätze einer reformierten Gemeindebildung in Locarno nicht hinnahmen, sondern die Bekenner zur Auswanderung zwangen.

5. Bauernfrage

Bekanntlich haben die Bauern in der Eidgenossenschaft aufs ganze gesehen mehr politische Mitsprachemöglichkeiten gehabt als im Reich. Das gilt aber nur für die Länderrorte, kaum oder nur sehr beschränkt für die Untertanen der Städtkantone. In größeren Bereichen des schweizerischen Mittellandes gab es Bauernunruhen, die zeitlich recht genau mit denen in Süddeutschland zusammenfielen, nämlich 1514/15 und 1524/25. Sie sind im wesentlichen hier wie dort gescheitert, wären also an sich keiner besonderen Erwähnung wert. Immerhin zeigen sich doch bestimmte Abweichungen. Ich denke da nicht nur an die weit weniger blutige Repression, obwohl auch dieser Aspekt nicht zu unterschätzen ist. Etwas anderes ist erwähnenswert. Zwingli hat sich viel deutlicher und konsequenter als Luther gegen die Berechtigung der Leibeigenschaft ausgesprochen – und zwar in seinen im Namen der Leutpriester abgefaßten Ratschlägen auf die Beschwerden der Grafschaft Kyburg vom Mai 1525. Der Rat konzidierte daraufhin die Aufhebung der Leibeigenschaft, wobei er Zwinglis theologisches Argument der Gotteskindschaft aller Christen in seine Begründung mitübernahm⁴. Das war ein nicht unwesentliches Zugeständnis, das beispielsweise den Schaffhauser Bauern verweigert, den Basler Landleuten zwar ebenfalls konzidiert, dann aber 1532 wieder rückgängig gemacht wurde. Zwingli, der selber in bäuerlicher Umgebung aufwuchs, hat dieses Problem wohl klarer erkannt als andere Reformatoren und sich nicht einfach hinter der Freiheit des Christenmenschen verschantzt, die sich auch in der Unfreiheit bewähren könne. Im übrigen aber war der Reformationsverlauf in den Städtkantonen genauso obrigkeitlich bestimmt und dirigiert wie im Reiche; hatte die Obrigkeit gesprochen, so mußten die Dorfgemeinden nachziehen, allenfalls sogar gegen ihren Willen: Unruhen von Bauerngemeinden im Berner Oberland, die lieber katholisch geblieben wären, wurden gewaltsam unterdrückt.

Es gibt aber im schweizerischen Rahmen noch eine andere wirkliche bäuerliche Sonderentwicklung, die derjenigen des Reiches völlig zuwiderlief: in *Graubünden*. Sie ist charakterisiert durch den Triumph des kommunalen Prinzips, auf dessen Bedeutung Peter Blickle jüngst wieder hingewiesen hat, das aber im Reich außerhalb der Städte kaum wirklich zum Tragen gekommen ist. Die Gemeinden Graubündens waren (und sind weitgehend heute noch) Träger der politischen Willensbildung; von ihnen ging die Bewegung aus, die sich 1525 gegen den Bischof von Chur als Feudalherrn wie als Repräsentanten der katholischen Kirche erhob. Die Gemeindeautono-

⁴ E. Egli, Actensammlung zur Geschichte der Zürcher Reformation in den Jahren 1519–1533 (Zürich 1879) Nr. 724, 726, die Antwort von Bürgermeister und Räten datiert vom 28. 5. 1525

mie erleichterte auch das Eindringen der Reformation, die relativ früh von Chur aus Anhänger gewann. Versuche der katholischen Orte, diese Bewegung durch Hilfeverweigerung nach außen (Stichwort: Müsserrieg) abzufangen, bewirkten das Gegenteil und beschleunigten die Ausbreitung des neuen Glaubens. Dazu spielten Beziehungen zum tirolischen Aufstand; Michael Gaismair hielt sich im Herbst 1525 in Graubünden auf. Das Forderungspaket der Bauern, eine Synthese der zwölf Artikel deutscher Bauern mit solchen ihrer Tiroler Standesgenossen, ließ sich weitgehend realisieren: Bischof und Geistlichkeit verloren alle weltlichen Herrschaftsrechte, die Gemeinden erhielten das Pfarrwahlrecht (das sie zum Teil schon innehatten); alle Pfründen mußten an Bündner gehen, Wildbann und Fischerei fielen den Gerichten zu; der kleine Zehnte wurde abgeschafft, der Korn- und Weinzehnte auf den Fünfzehnten herabgesetzt etc. Diese Errungenschaften sind in den sog. *Ilanzer Artikeln von 1526* niedergelegt und markieren, soviel ich sehe, das einzige erfolgreiche Beispiel einer Bauernerhebung um 1525. Allerdings war dieser Sieg zu sehr an bestimmte regionale Voraussetzungen geknüpft und kam überdies zu spät, um irgendwelche Signalwirkung zeitigen zu können. Bemerkenswert immerhin, daß Jahrzehnte später die streng katholischen Walliser in einer Erhebung der Zehnden ebenfalls die letzten Herrschaftsrechte des Bischofs beseitigen konnten.

Zusammenfassung

Es ging nicht darum, einen geschichtlichen Sonderfall Schweiz herauszuheben – natürlich gab es ihn, aber eben doch nur so, wie jede Nation auf ihre Art einen Sonderfall darstellt. Ich wollte vielmehr bestimmte Abweichungen von den Verlaufsformen im Reiche sichtbar machen, ebenso Impulse, die auf Deutschland weitergewirkt haben – etwa die politisierten Disputationen. Man könnte da noch weitere nennen: z.B. die Institution des Zürcher Ehegerichts, das nach dem Wegfall der geistlichen Gerichtsbarkeit eine um so rigorosere tägliche wie nächtliche Überwachung und Disziplinierung der Bevölkerung gestattete: Walther Köhler hat gezeigt⁵, wie diese Einrichtung zuerst von diversen süddeutschen Städten adaptiert, dann über Straßburg nach Genf gekommen ist und dort als Konsistorium eine exemplarische Form angenommen hat.

Um aber zur Ausgangsfrage von Herrn Angermeier zurückzukommen: ganz heil überstanden hat die Schweiz ihre Reformation wohl nicht, sie hat sie in einem recht schwierigen Anpassungsprozeß über sich ergehen lassen müssen und schließlich verarbeitet – die daraus entspringende konfessionelle Zweiteilung konnte sie erst in allerjüngster Zeit, im Zeichen der ohnehin umsichgreifenden religiösen Indifferenz, überwinden.

Was der Schweiz aber erspart blieb, waren die dreißigjährigen Konfessionskämpfe, die zuerst Frankreich und die Niederlande, dann auch Deutschland erleiden mußten. Dies nicht etwa dank größerer Umsicht oder Leidenschaftslosigkeit der Schweizer,

⁵ W. Köhler, Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium, 2 Bde. (1932–42)

sondern dank der frühvollzogenen Territorialisierung, einem Ergebnis des genuinen eidgenössischen Föderalismus. Da es keine höhere Gewalt und kein höheres Prinzip gab, das eine konfessionelle Einheit verkörperte (wie König- oder Kaisertum, dieses vor allem unter Karl V. und dann wieder unter Ferdinand II.), mußte diese territorialisierte Zweiteilung der Schweiz wohl oder übel hingenommen, Krisensituationen von Fall zu Fall pragmatisch gemeistert, ausgesprochene Kriege aber (die schon aus Geld- und Verproviantierungsgründen nicht lange dauern durften) sobald als möglich durchgekämpft und beendet werden.

Diskussion zu den Referaten Heinemeyer und Stadler

Hartmann: Herr Angermeier, Sie haben darauf hingewiesen, daß im 14. und 15. Jahrhundert die Landesherrn mit der Kurie verhandelten über die Bischöfe hinweg und daß dadurch die evangelische Landeskirche vorbereitet wurde. Wir haben nun denselben Fall für Bayern. Nur ging dort die konfessionelle Entwicklung ganz anders vor sich. Warum Bayern katholisch blieb, dafür gibt es mannigfache Gründe. Das wesentliche war wohl die Entscheidung der Herzöge; bei dieser Entscheidung spielten religiöse Motive bestimmt eine wichtige Rolle. Ich wollte hier die Frage stellen, ob nicht in Bayern – abgesehen von den religiösen Motiven – die Entscheidung der Herzöge deshalb so ausfiel, weil in Bayern die Entwicklung zum modernen Staat relativ früh erfolgte und sie durch die 1506 vollzogene Vereinigung des Herzogtums und die Primogeniturordnung begünstigt wurde. Besaß nicht der bayerische Herzog, ähnlich etwa wie der König von Frankreich durch das Konkordat von 1516 oder auch Spanien, eine bereits so stark ausgebildete Kirchengewalt, daß er, wie die beiden Königreiche, keine Notwendigkeit sehen mußte, durch Einführung der Reformation diese Kirchengewalt noch weiter auszubauen, zumal da gerade die Kurie in diesen Jahren den Herzögen durch Erteilung bedeutender Privilegien ganz besonders entgegenkam. Dies war nur durch Umgehung der Bischöfe, der Reichsbischöfe möglich. In diesem Zusammenhang ist nochmal die Frage aufzuwerfen, die Herr Lutz angeschnitten hat: Wieweit war die aristokratische Reichskirche überhaupt reformierbar? Die adeligen Bischöfe waren ja meistens theologisch ungebildet, von ihren dynastischen und finanziellen Interessen bestimmt aufgrund der Struktur dieser Kirche, die innerhalb der Weltkirche eine deutsche Sonderform repräsentierte, wo die Funktion des Landesherrn und Bischofs zusammenfiel. Dies hat die Fürstbischöfe daran gehindert, die nötigen Reformen wirklich durchzuführen; insofern war die deutsche, katholische Reform nur unter Umgehung dieser Bischöfe möglich.

Heinemeyer: Ich darf gleich darauf antworten. Also ich sehe das so, daß die Territorialisierung im Reich im 12. Jahrhundert einsetzt, was die geistlichen Fürstentümer anbelangt eben mit dem Wormser Konkordat. Sonst ging in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die Entwicklung in den verschiedenen Teilen des Reiches verschiedenartig vor sich. Sie erwähnten Bayern. Das ist auch ganz mein Eindruck. Es ist ja

keine Änderung der Dynastie eingetreten und dann eben am Anfang des 16. Jahrhunderts die Primogenitur festgelegt worden. Es war ähnlich, wie in den mittel- und norddeutschen Fürstentümern, also in Hessen, Thüringen, Sachsen, Braunschweig, wo mehrfach die Dynastie wechselt. Es ist also eine zeitliche Phasenverschiebung, und ich stimme Ihnen darin durchaus zu. Ich bin auf die bayerischen Verhältnisse verständlicherweise nicht eingegangen, da ich davon nicht so viel verstehe, wie in norddeutschen Dingen, aber ich möchte doch so sagen, daß die Entwicklung am Anfang des 16. Jahrhunderts im Reich einigermaßen gleich weit gediehen war, und da setzt eben die entscheidende Frage ein, warum sind die einen neugläubig geworden und die anderen altgläubig geblieben. Auf diesen Punkt bin ich bewußt nicht eingegangen, will aber jetzt meine Meinung sagen. Es war in der Tat auch eine persönliche Entscheidung, jedenfalls in einer Reihe von Fällen der betreffenden Fürsten. Ich bin also nicht geneigt, den Kurfürsten von Sachsen, Friedrich d. Weisen usw., und den Landgrafen von Hessen die religiöse Motivation abzusprechen, sondern ich glaube, daß sie durchaus neben der territorialpolitischen eine religiöse Rolle spielten, daß die Dinge fast unlösbar miteinander verbunden waren. Es ist einfach die ganz naive Frage, die man doch stellen muß, warum sind die einen Territorialfürsten katholisch geblieben mit ihren gleichen Interessen und warum sind die anderen zur Lehre Luthers übergegangen, auch mit den gleichen Interessen, und ich glaube doch, daß man hier die religiöse Motivation nicht gering schätzen sollte.

Glaser: Ich meine ja, daß in Bayern die Verhältnisse sehr komplex sind, und ich denke mir z.B. auch, daß die Umklammerung durch die habsburgischen Territorien auf die politische Entscheidung der bayerischen Herzöge oder des bayerischen Herzogs, auf den es im wesentlichen ankam, doch einen ganz wesentlichen Einfluß hatte. Es war für Bayern sicher schwerer, etwas zu machen angesichts der Nachbarschaft, als für andere Fürsten. Das halte ich schon auch für ein Motiv und was die reichskirchlichen Probleme, die Probleme insbesondere der bayerischen Bischöfe betrifft, so muß man, wenn man die Optik der Bischöfe einmal in den Blick nimmt, auch daran denken, daß bei der sehr schnell einsetzenden Religionspolitik der Herzöge diese für die Bischöfe natürlich viel gefährlicher war als die Reformation. Es gibt eben eine ganze Reihe von Motiven, mehr will ich gar nicht sagen.

Becker: Ich wollte an die Frage von Herrn Hartmann anknüpfen und sie vielleicht etwas vertiefen. Herr Heinemeyer, Sie haben in Ihrem Referat einen Satz gesprochen, ich weiß nicht, ob ich ihn richtig wiederhole, am Anfang des 16. Jahrhunderts habe sich die Staatsmacht so ausgebildet, daß man allmählich sich dem fürstlichen Absolutismus zu nähern begann. Hierin steckt ein ganz entscheidendes Problem. Wenn man diese staatsrechtliche Kontinuität im Übergang vom 15. oder gar vom 12. Jahrhundert zum 16., 17. und 18. Jahrhundert so stark betont, dann ist doch die Gefahr, daß die Bedeutung der Reformation als Ereigniskomplex hier in eine nachgeordnete Position hineinrückt. Sie haben verschiedene Momente aufgezählt, die als Einbruchstore der Vertiefung der Staatsgewalt auch auf dem religiösen Gebiet dienen können, Sie haben hingewiesen auf die Schutzbvogtei, auf die Patronate und verschiedenes andere. Wenn

man die Städte miteinbezieht, die ja auch eine gewisse Hoheit ausgebildet hatten, dann muß man sehen, daß in Nürnberg und Straßburg 1521/24 sich die Fürsten bzw. das Stadtreghment relativ wenig um die Patronate kümmern, diese wurden ausgenutzt, aber letzten Endes, weil sie Prediger selbst einsetzten. Hat das nun wirklich eine so tragende Bedeutung für die Einführung der Reformation, für die Durchsetzung der Reformation, daß diese staatskirchenrechtlichen Positionen geschaffen sind, geht man nicht wesentlich weiter auch in der Begründung des Staates nach der Reformation? Ob nun die fürstliche Hoheit über die Reformierung der Untertanen bestimmt oder nicht: hier setzt eine ganze Fülle von hoheitlichen Möglichkeiten ein, von diesem Grundsatz ausgehend eine wirkliche Vertiefung der Obrigkeit bis hin zu Stahl und dessen Theorie vom christlichen Staat. Vielleicht müßte man diese Dinge stärker bedenken, und es gibt ja auch beispielsweise – Herr Stadler hat das in seinem Referat angedeutet – das Phänomen der Ehegerichte, Beispiel einer viel stärkeren Reglementierung nach der Reformation. In Basel besteht der geistliche Bann in weltlicher Kompetenz weiter. Es ist doch überhaupt die Einführung der Reformation im Territorium und im Hoheitsgebiet der Stadt nur zu verstehen als ein ganz neuer Zusammenhang zwischen geistlicher und weltlicher Kompetenz, der nicht so recht paßt zu den Unterscheidungen der Zweireichelehre Luthers. Ich meine, man müßte vielleicht doch stärker die Zäsur betonen, die am Anfang des 16. Jahrhunderts liegt und die auch die Möglichkeit gibt, die Staatsgewalt ganz anders zu gestalten, neu zu begründen, zu legitimieren, auch in Fragen des Seelenheils. Ich weiß nicht, ob man über Hunderte von Jahren hinweg eine Kontinuität der Staatswerdung unter Einschließung aller Konfessionen, Protestantismus, Katholizismus, Calvinismus konstruieren kann.

Heinemeyer: Da sehe ich zu meiner Genugtuung, daß ich richtig verstanden worden bin. Genau das wollte ich ja aussprechen, nämlich daß man die Kontinuität seit dem späten Mittelalter weit in das 16. Jahrhundert hinein stärker betonen muß, als das teilweise geschieht. Ich bin weit entfernt davon, die Bedeutung der Reformation in den Territorien etwa zu vermindern oder gering zu schätzen, aber das, worauf es mir ankam, war, zu zeigen, daß am Beginn der Reformation die Staatlichkeit in den Territorien so weit ausgebildet war, daß auch ohne die Reformation diese Staatlichkeit zum absolutistischen Staat weitergeführt worden wäre. Das ist natürlich eine Annahme. Aber das ist durchaus meine Ansicht. Ich glaube auch nicht an eine Krise am Ende des 15. Jahrhunderts, auch nicht auf dem Gebiete des Rechts, obwohl ich davon gar nichts verstehe, sondern ich glaube, daß es sich um eine kontinuierliche Entwicklung handelt.

Ziegler: Ich möchte zu diesem Punkt, der eben angesprochen wurde, den ich auch für sehr wesentlich halte, noch etwas sagen. Ich glaube, man muß differenzieren und kann nicht einfach sagen, Kontinuität oder großer Bruch, ohne die Bedeutung der Reformation einzubeziehen. Da möchte ich auf das Beispiel Bayern nochmal eingehen, das für die süddeutschen Territorien sehr wichtig ist. Wenn ich mich frage, in welchen Punkten ist denn nun durch die Reformation etwas geschehen – wenn man davon ausgeht, daß um 1500 die Grundlagen des sogenannten frühmodernen Staates gelegt

sind –, dann meine ich, daß man durchaus einige Gebiete ausscheiden und sagen kann, hier ist etwas geschehen durch die Reformation, hier wurde beschleunigt oder retardiert. Beschleunigt scheint mir der Ablauf bei den kirchlichen Maßnahmen. Die Landeskirchenhoheit ist durch die Reformation in Bayern genauso massiv beschleunigt worden (allerdings wurde hier nicht säkularisiert): die Visitationen, die Aufsicht über das Kirchengut usw. sind eindeutige Phänomene. Das zweite, was mir bei Bayern beschleunigt scheint, ist die Superiorität des Landesherrn gegenüber dem Adel. Bei der sogenannten Adelsverschwörung in Bayern wurde eben mit Hilfe der Konfessionspolitik der Adel in eine zweite Stellung hinabgedrückt. Ein drittes Gebiet, wo mir die Reformation deutlich beschleunigende Funktion ausgeübt zu haben scheint, ist die sogenannte Sozialdisziplinierung, die Aufsicht über das gemeine Volk. Aber mir scheint auch, daß es retardierende Momente gibt. Retardierend, d.h. daß die Reformation die Bewegung verlangsamt oder gestoppt hat, scheint mir in Bayern z.B. der Kampf gegen Habsburg, der im 15. Jahrhundert viel massiver war und der jetzt zwar auch durch die Gegenwart des gewaltigen Machtblocks im Osten, aber ebenso sehr durch die Tatsache, daß die Habsburger eben katholisch sind und man deshalb mit ihnen doch auch zusammengehen muß, gedämpft erscheint. Die außenpolitische Bewegungsfreiheit ist also eingeschränkt. Und dann käme es mir noch darauf an, zu sagen, daß es auch einige Bereiche gibt, die unverändert sind in Bayern, und das scheint mir im gesamten Verwaltungsaufbau der Fall zu sein, ganz besonders im Finanzwesen, einer der Säulen des frühmodernen Staates. Ich sehe nicht, was die Reformation hier an Bedeutung haben könnte, desgleichen im Rechtswesen, bei den machtpolitischen Interessen, aber wohl auch in der Stellung zum Reich. Es wäre interessant, ob Sie das für Hessen oder andere Territorien bestätigen können.

Heinemeyer: Zu den mitteldeutschen Fürstentümern würde ich das so sehen, daß durch die Reformation der latente Gegensatz zwischen dem Landesherrn und seinen Ritterschaften überwunden worden ist. Allerdings dadurch, daß die Ritterschaften evangelisch geworden sind und sich eben in diesem Punkt auch bei den außenpolitischen Auseinandersetzungen dem Landesherrn angeschlossen haben. Was die Nichtveränderung anbelangt, so glaube ich, daß das auch für die mittel- und norddeutschen Fürstentümer zutrifft, was Sie sagten. Gleiches gilt für das Finanzwesen, das Rechtswesen und den Verwaltungsaufbau, jedoch mit der Einschränkung des Aufbaues der neuen Kirchenorganisation, die nun allerdings anders ist und die ganz vom Staat aus geleitet wird. Aufsicht über die Untertanen durch die Reformation möchte ich eigentlich in dieser scharfen Form nicht sagen. Ich würde eher sagen, daß hier Aufsicht und Landesfürsorge zusammenfließen, und die Landesfürsorge spielt gerade in den evangelischen Territorien ja eine sehr große Rolle, die Landesfürsorge für die Armen, die Abschaffung des Bettelwesens und eben auch die Fürsorge für die Siechenden, die der Staat in seine Hände nimmt. Also davon abgesehen würde ich auch sagen, daß der Verwaltungsaufbau weitergeführt wird und zwar interessanterweise unter Befragung und Zuhilfenahme anderer, auch katholischer Territorien. Man fragt einfach an, man erkundigt sich, wie macht ihr das und richtet einige Dinge danach ein. Ich denke z.B. an die Einführung der Salbücher, der Urbare im 16. Jahrhundert, die beispielsweise in

Hessen nach süddeutschem Vorbild gemacht worden sind. Aber sonst glaube ich kann ich Ihre Bemerkung bejahen.

Baumgart: Die Ausbildung der frühmodernen Staatlichkeit bringt in vieler Hinsicht, meine ich, eine Bestätigung der Thesen von Herrn Angermeier. Herr Ziegler hat, bezogen auf das bayerische Beispiel, dies vielfach auch schon konkretisiert. Man könnte dem vielleicht noch einiges hinzufügen, etwa das vorreformatorische Schulwesen und die Universitätsausbildung noch etwas stärker betonen. Und, Herr Ziegler, im Unterschied zu Ihnen sehe ich keinen nennenswerten Unterschied der späteren Konfessionsparteien. Denn beispielsweise wurde die Universität Tübingen in vorreformatorischer Zeit ausgestattet wie die Universität Marburg in nachreformatorischer Zeit. Das Problem dürfte aber anderswo liegen: Dieses Panorama der Ausbildung frühmoderner Staatlichkeit, deren einzelne Elemente wir nicht diskutieren können, bleibt doch, Herr Heinemeyer, nur ein Teilpanorama. Es ist die Frage, ob es nicht regionale Schwerpunkte gibt und warum es sie gibt. Ich möchte behaupten, daß ganze deutsche Landschaften aus diesem Bild einfach herausfallen. Dazu gehört z. B. das mir jetzt besonders vertraute Franken, dazu gehört weitgehend auch Schwaben. Das Herzogtum Württemberg erlangte ja erst in späterer Zeit eine große Bedeutung. Auch die rheinischen Gebiete passen nicht in dieses Schema. Dann blieben übrig die mitteldeutschen und nordostdeutschen Kurfürstentümer oder Territorien und im Südosten das Herzogtum Bayern. Das vor allem wären die Repräsentanten frühmoderner Staatlichkeit im Sinne von Gerhard Oestreich, die Sie sehr eindrucksvoll in vielen Zügen beschrieben haben. Ich sollte hinzufügen, daß die große Gruppe der Reichsstädte, von der gelegentlich die Rede war, in Ihr Bild eigentlich ebenfalls nicht hineinpaßt. Vielleicht sollten Sie uns eine Antwort geben auf diese Teilfragen.

Heinemeyer: Das ist sicher auch meine Auffassung. Es fallen Gebiete heraus. Franken fällt heraus einmal dadurch, daß es dort einen geistlichen Fürsten gibt, nämlich den Herzog von Franken, d. h. also den Bischof von Würzburg. Und der Bischof von Würzburg hat ganz sicher andere Vorstellungen oder würde zu der Art Staatlichkeit rechnen, die ich mit ein paar Worten angeschnitten und von den weltlichen Fürstentümern unterschieden habe. Es gehört aber auch in Hessen selbst etwa die Reichsabtei Fulda dazu, während Hersfeld bereits ganz im hessischen Sog steht. Ich würde also sagen, daß dieses Bild hier vor allem eben durch die geistlichen Fürstentümer geprägt ist. Das gilt für das Rheinland, ähnlich für das Erzbistum Köln und gilt auch für das Erzbistum Mainz insoweit, als damit der mainzische Bezirk umschrieben ist. Was die Reichsstädte anbelangt, ist die Entwicklung ganz sicher eine ganz andere, und ich würde meinen, da ja ohnehin das Territorium ausscheidet, wären diese Dinge in der Tat stärker von sozialpolitischer Seite hier zu entwickeln als von der territorialpolitischen.

Kreutzer: Ich würde mich gerne Herrn Stadler zuwenden, denn ich glaube, man übertreibt nicht, wenn man darauf hinweist, daß in Deutschland nicht nur die Kirchengeschichtsschreibung, sondern insbesondere auch die Literaturgeschichtsschrei-

bung dazu neigt, die schweizerischen Belange, d.h. die Themen, Gestalten, literarischen Gattungen des Reformationszeitalters in der Schweiz, zu vernachlässigen. Ich könnte mir denken, daß in diesem Fall die Literatur einen guten Kommentar zu der Epoche liefert, deshalb würde ich gerne zu dem Punkt, den Sie angeschnitten haben, ein paar literarhistorische Anmerkungen machen.

Wenn man die Literatur in der Schweiz und in Deutschland in der Frühzeit der Reformation vergleichend betrachtet, dann fällt doch sehr auf, wie außerordentlich verschieden das Bild ist, so daß ich mich oft frage, ob man da noch mit der Vorstellung von einer Phasenverschiebung operieren sollte. Das ist insoweit richtig, als reformatorische Themen in der Literatur der deutschen Schweiz sehr viel später auftauchen, vielleicht sogar Jahrzehnte später. Aber vorher ist man in der Schweiz mit Themen beschäftigt, die in Deutschland in der Literatur gar nicht auftreten, nämlich mit literarischen Gestaltungen politischer Themen. Das scheint doch unmittelbar zusammenzuhängen mit den Problemen der Konsolidierungsphase der Eidgenossenschaft. Das findet in einer ganzen Reihe von Gattungen, z.B. im Drama, im Lied, einen sehr deutlichen literarischen Ausdruck, vor allem aber wohl in der Chronistik, ausgehend vom Weißen Buch von Sarnen. Es gibt zudem in den Jahrzehnten vor der Reformation, man kann es nicht anders nennen, eine wirklich blühende Dramatik in der Schweiz, die sich mit dem Thema ‚Entstehung der Eidgenossenschaft‘ beschäftigt, und das ganz sicher auch aus aktuellen zeitgeschichtlichen Absichten und Anlässen heraus. Die Schweiz ist ja gegenüber dem deutschen Reich dadurch im Vorteil, einen sehr schönen literarischen Entstehungsmythos zu haben. Diesen Vorteil sollte man nicht verachten, mit Tacitus’ ‚Germania‘ ist literarisch sehr viel unbequemer zu operieren. Die Geschichte von Wilhelm Tell ist eben an sich schon eine dramatische Fabel, sie läßt sich sehr vielfältig gebrauchen und verwenden, und das ist ja auch geschehen. Nationale Ideologie, wenn ich das Wort in diesem Augenblick einmal wertfrei gebrauche, als Thema der Literatur, ganz kurz vor der Reformation und auch noch in ihrer Frühzeit, hat ganz sicher verhindert, daß die im engeren Sinne reformatorischen Anliegen in der Schweiz sofort ein ausgeprägtes Interesse gefunden haben, und als das dann der Fall war, dann doch in viel schwächerer Form als in Deutschland. Die deutsche Dramatik ist vollständig ausgefüllt mit der Diskussion dogmatischer, d.h. theologisch-dogmatischer Probleme. Nun geht allerdings dieses politisch-literarische Anliegen nicht von der Stadt aus, wenn ich das richtig sehe, sondern von den Urkantonen, mithin wahrscheinlich dann doch aus mehr agrarischen Zusammenhängen. Die Dramen beschäftigen sich sehr stark mit der Thematik des Reislaufens, auf das Sie eingegangen sind; auch das scheint mit der nationalen Konsolidierung zusammenzuhängen. In dem Augenblick aber, in dem diese Themen in die Welt der Stadt eintreten, also in eine städtisch geprägte kulturelle Umgebung, beispielsweise in Zürich, da nehmen sie dann ganz deutlich humanistische Züge an. Heinrich Bullinger schreibt dann eine sehr schöne ‚Lukretia‘, ein Drama, das die Entstehung der helvetischen Konföderation in Beziehung setzt zu der Entstehung des republikanischen Rom. Damit wird auf lange Zeit für Themen gesorgt und für geistigen Antrieb. Das läßt vieles verblassen, was in der gleichen Zeit in der Literatur im Reich fasziniert hat und was das Bild der Literaturgeschichte von der ganzen Epoche bis heute so gut wie ausschließlich be-

stimmt hat. Ich glaube, daß wir diese schweizerische Tradition – auch kompensatorisch, also gegen einseitige Gewohnheiten der Literaturgeschichtsschreibung – viel deutlicher hervorheben sollten.

Iserlob: Was das Verhältnis Zwinglis zum Söldnerwesen angeht, muß man genauer differenzieren. Er hat vor den Werbemännern des französischen Königs gewarnt. Hier hatte er die Abhängigkeit der Schweiz von Frankreich zu fürchten. Gleichzeitig hat er als Feldprediger die Schweizer in die Lombardei begleitet und war stolz, daß seine Volksgenossen vom Papst mit dem Titel „Befreier der Kirche“ ausgezeichnet wurden. Für seine Dienste erhielt er von der Kurie eine Pension, auf die er erst 1521 verzichtet hat.

Repgen: Herr Stadler, ich fand Ihren Versuch, vor allen Dingen um mit einer These zu konfrontieren, warum es hier so und dort so verlaufen ist, also strukturelle Gründe zu bringen, sehr überzeugend. Die Frage, ob damit auch die Erklärung, warum es in Frankreich, in den Niederlanden, in Deutschland anders gewesen ist, schon gegeben ist, darüber möchte ich eigentlich noch länger nachdenken, ehe ich mich dazu genauer auslasse. Aber eine Frage ist mir schon jetzt eingefallen. Ist die Schweiz als politisches Gemeinwesen im vollen Sinn anzusprechen? Soll das sinnvollerweise mit dem Reich, mit den Niederlanden oder Frankreich verglichen werden oder wäre es nicht besser, nach Ost- und Mitteleuropa zu schauen, denn da hat man nämlich die gleichen konfessionspolitischen und religionsrechtlichen Dinge, vor allen Dingen in Polen und Litauen. Denn da ist der König praktisch vom späten 16. Jahrhundert an nur noch ein Präsident, der wenig zu sagen hat, aber die Stände sind sehr sehr unabhängig und regeln das so, wie sie es jeweils in ihrem Herrschaftsbezirk geregelt haben. Das heißt also, wenn wir für die Schweiz einen Vergleichstypus suchen, sollten wir da nicht auch dorthin schauen? Das Reich hat eine völlig andere Tradition und Frankreich selbstverständlich auch. Bei den Niederlanden würde ich die Frage, ob es wirklich nun ein Konfessionskrieg gewesen ist oder inwieweit hier das ständische, das konfessionelle Streben ineinanderkommt – sicher im Anfang keine konfessionelle Erhebung – offenlassen.

Stadler: Zuerst zur Frage nach der schweizerischen Tradition und der Chronistik. Es ist tatsächlich so, daß noch lange Zeit in der schweizerischen Chronistik der Konfessionskampf und der konfessionelle Zwiespalt tabu sind. Das schönste Beispiel ist ja Gilg Tschudi, der für seine Person sehr in den Konfessionskampf seines Kantons Glarus verwickelt war. Er war ein Vorkämpfer des katholischen Prinzips. In seiner großen Schweizer Chronik spürt man davon überhaupt nichts, das bleibt irgendwie ausgeklammert. Man hat hier sozusagen das Bild der heilen Schweiz, wie sie vor der konfessionellen Spaltung noch da war, weiter tradiert. Sie haben ganz richtig auf den Tell-Mythos hingewiesen, der ja den ganzen Schiller vorwegnimmt, aber das interessante ist, daß Tschudi ihn mit einem anderen romanistischen Mythos kombiniert, nämlich dem vom alten Helvetien. Die Helvetier sind sozusagen die Vorfahren, die Vorgänger der späteren Schweizer, dann ist das römische Reich gekommen. Aber die Neugründung der Eidgenossenschaft um 1300, das ist nichts anderes als die Wiedererweckung

des alten Helvetien und die Unabhängigkeit der Helvetier ist eben älter als etwa die des römischen Reiches, sie geht dem römischen Reich vor. Es ist ganz richtig, daß dieser Traditionsstrang mehr ländlich ist. Andere Chronisten wie Schilling oder Stumpf sind dann wieder eher den städtischen Zentren zuzuordnen.

Zur Frage der Solddienste und damit zu Zwingli: Sicher, er war Pensionsnehmer, er war zunächst päpstlich und von daher antifranzösisch, also gegen die französische Soldallianz, aber dann hat sich das doch gegen fremde Solddienste überhaupt gewandt. Er war ja nicht Pazifist, das wäre ganz falsch, denn für den Glaubenskrieg, für die Ausbreitung des wahren Glaubens, war er durchaus, aber er war dann nicht mehr für die Solddienste, weil er das Schreckliche dieser Söldnerkriege selber doch miterlebt hat. Ich glaube, das muß man ihm abnehmen, daß er davon betroffen gewesen ist. Entscheidend ist die Zäsur von 1521/23, da zeigt sich immer mehr die Wendung gegen die Solddienste überhaupt.

Was nun die ganze wirtschaftliche Situation im 16. Jahrhundert betrifft, da ist ja Herr Peyer, der hier ist, der eigentliche Kenner. Ich möchte, falls da noch etwas gesagt werden soll, ihm das hier nicht vorwegnehmen.

Ja, die Parallele zur polnischen Adelsrepublik hat in mancher Hinsicht etwas Faszinierendes und doch würde ich sagen, der Vergleich ist nur teilweise zutreffend. Was die polnischen Verhältnisse charakterisiert, ist ihre außerordentliche Labilität. Es genügt ja, daß da ein Magnat plötzlich stirbt oder sich bekehren läßt, sich wieder rückbekehren läßt, und dann muß die ganze Untertanenschaft diesen Konfessionswechsel mitvollziehen. Deshalb der dortige plötzliche Zerfall der Reformation nach 1570. Dagegen in der Schweiz haben wir von 1531 an weitgehend die definitiven konfessionellen Grenzen. Es wäre also kaum ohne Gewalt oder Glaubenskriege möglich gewesen, daß beispielsweise Solothurn 1580 reformiert worden wäre oder Freiburg. Wo es noch eine gewisse disponible Quote gab, das waren Appenzell und Glarus, wo noch die beiden Prinzipien ohne feste Grenzen miteinander kämpften. Es ist ja in Appenzell zur Landesteilung gekommen, in Glarus dann immerhin zu einem Schutz der katholischen Minderheit. Man kann von der Verfassung her doch eher sagen, eine gewisse Ähnlichkeit besteht dann zu den Niederlanden, mit den Generalstaaten, da gibt es dann auch die Untertanenlande, die Generalitätslande, da bestehen gewisse Analogien. Vielleicht noch eine Bemerkung. Herr Becker hat etwas gesagt bei der Erwähnung des Ehegerichts und der sozialen Disziplinierung. Das widerspräche ja der Zweireichelehre Luthers. Ich bin nicht einmal ganz sicher, ob diese Sozialdisziplinierung der Zweireichelehre Luthers so widerspricht, denn diese Lehre geht ja doch aus von der vollkommenen Sündhaftigkeit dieser Welt. Wahre Christen gibt es leider fast keine, jedenfalls nur ganz wenige. Wenn es wahre Christen gäbe, dann bräuchte man überhaupt gar keine Gesetze, selbstverständlich auch kein Ehegericht und nichts dergleichen. Aber da es nun einmal anders ist und die Menschen, gleichgültig ob lutherisch geworden oder katholisch geblieben, sündhaft sind, muß man sie irgendwie disziplinieren, das gehört dazu. Da kann man im Fall der Schweiz durchaus ausgehen von dem, was Herr Heinemeyer festgestellt hat von der Unbeliebtheit der geistlichen Gerichtsbarkeit. Ich glaube, das gilt überall, in Zürich, wo man immer nach Konstanz ziehen mußte, es galt in besonderem Maße natürlich auch von Chur. Dazu hat Oskar

Vasella in seinen Untersuchungen sehr reiche Belege geliefert, wie da z.B. sofort mit dem Bann dreingefahren wurde, sobald man irgendeine Buße nicht bezahlen konnte. Nur ergab sich dann eben in Zürich eine viel rigorosere Disziplinierung, als man sie zuvor durch den fernen Bischof von Konstanz gehabt hatte.

Heinemeyer: Nur einen Satz. Am diesjährigen Schweizer Nationalfeiertag hat der Herausgeber der Neuen Züricher Zeitung in seinem Leitartikel geschrieben, dieses ist der Tag, an dem man den Historikern das Wort verbieten muß.

Sellert: Ich möchte nochmal auf das Generalthema zurückkommen. Ich muß sagen, mir sind die Fäden dazu etwas verlorengegangen. Wir diskutieren hier über viele Einzelheiten, aber die Frage des Generalthemas, nämlich der Säkularisierung, scheint mir inzwischen untergegangen zu sein. Ich glaube, es wäre an der Zeit, einmal zu fragen, nachdem wir versucht haben, den Begriff der Krise zu definieren und Sie auch von mir mit Recht wissen wollten, was ich darunter verstehe, was denn unter Säkularisierung verstanden wird. Ich habe in meinem Referat diesen Begriff zwar nicht definiert, aber mit den Stichworten zu umschreiben versucht: Individualisierung, Rationalisierung, Realisierung, Verwissenschaftlichung. Bei den letzten beiden Referaten habe ich mich nun gefragt, wie ich das, was vorgetragen wurde, unter den Begriff der Säkularisierung subsumieren könnte. Möglicherweise war aber nicht Säkularisierung, sondern Säkularisation gemeint. Wenn ich meine Überlegungen in eine Frage an die Referenten kleiden darf, so möchte ich sie fragen: wo sehen Sie die entscheidenden säkularen Aspekte in der Schweiz und in Hessen?

Heinemeyer: Ich darf darauf sagen: das Thema hieß wohl säkulare Aspekte, nicht von der Säkularisierung war die Rede. Unter der Säkularisierung verstehe ja ich im technischen Sinne die Überführung von kirchlichem Eigentum in weltliches Eigentum, und das vor der Reformation, als diese Säkularisierung auf dem Tisch lag als Programm. Ich habe aufgezeigt, daß die Reformation den evangelischen Ständen die Möglichkeiten gab, hier den Bann nun ganz zu brechen, das war ein Ereignis, das nicht vorauszu-sehen war, aber die Säkularisierung, die lag in der Luft.

Reinhard: Lassen Sie mich zunächst mit einer Binsenweisheit beginnen und dann die notwendige Differenzierung anbringen. Heute morgen habe ich gesagt, Reformation ist Politik, das heißt, Reformation bringt Gewinn politischer und finanzieller Natur. Und die Antwort auf Herrn Angermeiers Frage oder These würde lauten, im Reich ist das Kennzeichnende, daß im Unterschied zu anderen Staaten oder Nichtstaaten eben nicht die Zentralgewalt dieses Geschäft macht, sondern die Territorien. Ein sehr simpler Sachverhalt. Aber nun die Differenzierung. Ich möchte etwas sagen zu denjenigen im Reich, die an diesem Geschäft nicht beteiligt sind, nämlich den Reichskirchen, den geistlichen Fürstentümern. Heute morgen hat Herr Lutz gefragt: sind sie überhaupt noch reformierbar? Herr Heinemeyer hat gesagt, sie sind innerlich krank. Beide haben das nicht näher begründet. Herr Hartmann hat gesagt, ein Grund für die Schwäche liegt in der Koppelung des Bischofsamtes und der Landesherren-

funktion. Nun möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das nicht unbedingt zu stimmen braucht. Es gibt ein neues Buch von Paolo Prodi über den Kirchenstaat, der genau in dieser Kombination, in diesem Falle das Oberhaupt der Kirche und Landesherr, eine Quelle politischer Kraft und Ursache für einen Vorsprung im Staatsbildungsprozeß sieht. Er belegt das mit sehr guten Gründen bis hin zu wenig bekannten Details, daß nämlich auch im Kirchenstaat Konflikte zwischen „Staatsgewalt“ und kirchlicher Hierarchie nicht ausgeblieben sind, auch wenn die „Staatsgewalt“ den Kragen ebenfalls hinten zuknöpft. Die Frage wäre jetzt, warum funktioniert dieses Schema nicht in der Reichskirche. Es kann also nicht an dieser Koppelung der Funktionen liegen, denn die hat ja auch ihre Parallele in den weltlichen Fürstentümern. Es gibt ja eine gewisse Resakralisierung der Territorialgewalten. Meines Erachtens liegt das an zwei Punkten, zum einen daran, daß der deutsche Bischof als Fürst im Gegensatz zum Papst nicht absoluter Herr ist, sondern in der Regel an sein Kapitel gebunden, während der Papst sich von seinen Kardinälen im 16. Jahrhundert weitgehend frei gemacht hat. Zum zweiten daran, daß begreiflicherweise, das hat Herr Heinemeyer schon gesagt, die Reichskirche ja nicht auf dem dynastischen Prinzip basiert, die territoriale Entwicklung der kirchlichen Fürstentümer also irgendwo stecken bleibt, während die anderen mit dieser dynastischen Grundlage weitere Wachstumsmöglichkeiten haben.

Schlösser: Ich habe eine Frage an Herrn Heinemeyer, und zwar zu der Geschichte der geistlichen Gerichtsbarkeit. Sie haben festgestellt, daß das Schwinden der geistlichen Gerichtsbarkeit *eine* Ursache in einem ökonomischen Gesichtspunkt hatte. Ich zitiere Sie: Betrug der Laien durch das geistliche Gericht. Dieser Befund widerspricht jedenfalls dem, was die Rechtsgeschichte für solche Fälle festgestellt, nämlich folgendes. Die Rechtsgeschichte hat nachgewiesen, daß der Zugang und Zulauf der Laien zu den geistlichen Gerichten enorm war, und zwar deswegen, weil gerade beim geistlichen Gericht – im Gegensatz zu den weltlichen Gerichten – der Vollstreckungsmechanismus funktionierte. Die Exkommunikation als Vollstreckungsmittel, das war das klassische Instrument; dem hatte das weltliche Recht nichts entgegensetzen. Und daß gerade in Zivilrechtssachen die Laien die geistliche Gerichtsbarkeit in Anspruch nahmen, hatte darin seinen Urgrund, daß man den „Vertrag“ jetzt in einer anderen Wertigkeit definierte. Erinnern Sie sich: Zunächst ex pacto nudo actio non oritur, dann eine Theologisierung des Vertrages, das „eidliche“ Versprechen ist sündhaft, wenn es gebrochen wird, und damit schließlich die originäre Zuständigkeit der geistlichen Gerichte in schlicht – modern gesprochen – zivilrechtlichen Angelegenheiten. Ich meine hingegen, daß der Rückzug der geistlichen Gerichtsbarkeit aus originär zivilrechtlichen Materien vielleicht mit der wachsenden Etablierung einer gut funktionierenden staatlichen landesherrlichen Gerichtsbarkeit zu erklären ist. Und jetzt meine Frage an Sie: Meinen Sie nicht, daß bei der Zurückdämmung der geistlichen Gerichtsbarkeit eventuell Reformationsimpulse auch eine Rolle gespielt haben könnten?

Neubaus: Ich möchte auch noch einmal stärker zum Generalthema zurückführen und eine Bemerkung zu dem machen, was zu Beginn dieser Diskussion zu Hessen als

protestantischem Territorium auf der einen Seite, Bayern als katholisch gebliebenem Territorium auf der anderen Seite gesagt worden ist. Es ist daran zu erinnern, daß ja bei aller territorialen Verschiedenheit – was diese Konfessionsdinge angeht – das reichsständische Gemeinschaftsgefühl – fast hätte ich gesagt: die reichsständische Solidargemeinschaft – erhalten blieb. Der Reichstag scheiterte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht an dem Konfessionsproblem; das tritt erst an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert ein. Und dafür zwei Beispiele: Erstens: Die Reichsstände waren sich bei aller konfessionellen Gegensätzlichkeit bei der Lösung der Wiedertäuferproblematik „Münster 1534/35“ – verstanden als Bruch des Landfriedens im Reich – einig. Unter Ausschaltung der Konfessionsfrage, deren Klärung im Nürnberger „Anstand“ von 1532 für den nächsten – freilich noch nicht terminierten – Reichstag angesetzt war, nahm man sich der Beseitigung dieses „Wiedertäuferreiches“ auch von Reichs wegen an. Eine Reihe von Versammlungen im Jahre 1535 zeigt das ganz eindeutig. Zweitens: Eine Bemerkung zu dem Einwand, es habe aber doch den Schmalkaldischen Krieg gegeben. Ich würde fast sagen, dieser spreche für diese reichsständische Solidargemeinschaft, die trotz des Krieges erhalten blieb; jedenfalls gilt das für das Ende, denn Karl V. konnte 1547/48 seinen Sieg nicht in seinem Sinne verwerten. Zum Beispiel wandten sich die Reichsstände – ob evangelisch oder katholisch – schon 1547 in Ulm gegen den vom Kaiser angestrebten Reichsbund; zum Beispiel waren sich die katholischen und evangelischen Reichsstände bei der Ausarbeitung der Reichskammergerichtsordnung von 1548 einig, indem sie – worüber es auf dem Augsburger Reichstag eine große Auseinandersetzung gegeben hat – beispielsweise bei der Neubestimmung des Amtes des Reichsfiskals gegen eine zu starke Position des Kaisers waren, die Karl V. anstrebte.

Kobler: Herr Heinemeyer hat seine Ausführungen auf die Gemeinsamkeiten der territorialen und politischen Entwicklung konzentriert. Dabei sind die regionalen und ständegeschichtlichen Differenzierungen zweifellos zu kurz gekommen. Es ist ja z. B. wohl kein Zufall, daß bis heute die geistlichen Territorien in der Forschung gegenüber den weltlichen Fürstentümern vernachlässigt sind. Die Voraussetzungen ständischer Politik sind bei aller Ähnlichkeit doch überall verschieden. Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen. Die heute noch nicht genannten wettinischen Fürsten sind dabei von großem Interesse: Hier waren die finanziellen Voraussetzungen für eine großangelegte Politik im Reich und darüber hinaus durchaus gegeben. Aber nicht Kursachsen, sondern der Landgraf von Hessen, dessen Machtbasis schmal war und der Angst vor den habsburgischen Niederlanden haben mußte, betrieb eine expansive Politik, die ihn bis an den Rand eines Präventivkrieges führte. Dies alles ließe sich auch für andere Territorien (Bayern, Pfalz etc.) weiter ausführen.

Repgen: Nur einen Satz. Die Meinung von der bewiesenen Unreformierbarkeit der geistlichen Territorien teile ich nicht.

Heinemeyer: Ich wollte vorhin noch sagen, was die geistliche Gerichtsbarkeit anbelangt, so glaube ich, kann man nicht ohne weiteres sagen, daß bei der Bevölkerung die

geistlichen Gerichte beliebter gewesen seien als die weltlichen. Da habe ich andere Quellen. Im Gegenteil, von der Bevölkerung wurde teilweise gegen die geistlichen Gerichte, etwa der Archidiakone oder die Gerichte bei den Bischofsstühlen, der gleiche Vorwurf erhoben wie im 16. Jahrhundert gegen die gelehrten Richter, denn die Richter waren Juristen und ihre Notare waren Juristen und das Verfahren, das vor dem geistlichen Gericht stattfand, stand durchaus im Widerspruch zu dem Verfahren vor den Schöffengerichten. Im ganzen würde ich also sagen, daß selbstverständlich nicht die landesherrlichen Gerichte im allgemeinen und vor allem die Gerichte in den Städten beliebter gewesen sind als die geistlichen Gerichte. Aber meine Bemerkung über das Abschöpfen der Gelder, das war ja ein Zitat aus landesherrlichen Vorwürfen. Der Landesherr hat den geistlichen Richtern und den geistlichen Gerichten das vorgeworfen und das war nur ein Teil seiner Vorwürfe, denn selbstverständlich wollte er die geistlichen Gerichte hinausdrängen, weil sie die eigenen Gerichte, nämlich die landesherrlichen Gerichte, und die absolute, die vollständige landesherrliche Kompetenz im Gerichtswesen störten. Das ist das eigentliche Anliegen gewesen, die Konkurrenz der geistlichen Gerichte.

Das zweite, Herr Neuhaus, wieso hatten Sie Mainz, Hessen und Bayern verglichen?

Neuhaus: Ich habe nur dafür plädiert, zum Generalthema zurückzuführen und festgestellt, daß die territoriale und konfessionelle Differenziertheit in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts auf Reichsebene noch keine Auswirkungen gehabt hat, die Solidargemeinschaft der Reichsstände erhalten geblieben ist.

Heinemeyer: Ja, das ist ganz meine Auffassung, und Sie erwähnten die Niederschlagung der Täuferaufstände sowohl durch alt- als auch durch neugläubige Fürsten sogar im Bündnis. Ich erinnere nur an den Bischof Franz von Münster und seine Unterstützung durch evangelische Fürsten, die ihm ja überhaupt erst wieder auf seinen Bischofsstuhl verholfen haben. Aber da stand im Hintergrund die Störung der öffentlichen Ordnung, gegen die haben sich sowohl die Altgläubigen wie die Neugläubigen und auch die Reichsregierung dann selber gewandt.

Angermeier: Wir sprechen hier über säkulare Aspekte in der deutschen Geschichte des 16. Jahrhunderts. Wir haben uns zuletzt mit dem Thema Territorien in der Reichsgeschichte beschäftigt. Ich möchte zunächst dem Vorwurf entgegentreten, daß ich hier Politik und Religion vertausche. Ich spreche hier nicht von der Reformation als einem religiösen Vorgang. Ich spreche hier auch nicht von den Säkularisationen. Aber die Reformation ist hier, wenn ich das recht sehe, als Politikum für die Territorien zu kurz gekommen. Für die meisten Territorien ist die Einstellung zum Haus Habsburg auch bei der Annahme oder Ablehnung der Reformation maßgebend gewesen. Kurpfalz ist der bedeutendste Aspirant auf das deutsche Königtum, deshalb waren die Pfälzer im 16. Jahrhundert auch die eifrigsten Reformatoren. In Hessen haben wir einen ganz entschiedenen Gegensatz gegen das katholische Kurmainz und wer einmal in Kassel oben auf der Wilhelmshöhe gewesen ist, der sieht, daß wir die hessische Geschichte heute nach wie vor in ihrer reichsgeschichtlichen Relevanz zu sehr

vernachlässigen. Hessen hatte in Norddeutschland eine bedeutende Funktion, und Philipp von Hessen ist der politische Repräsentant dieser nicht zustande gekommenen oder nicht erfüllten hessischen Funktion in der deutschen Geschichte gewesen. Die Württemberger waren ohnehin Feinde der Habsburger, denn sie wurden von den Habsburgern aus dem Lande vertrieben, ergo ist ihre Stellungnahme für die Reformation, glaube ich, auch vom Politischen her zu verstehen. Bei den Sachsen ist es ähnlich. In Sachsen haben wir zwei Geschlechter, die ernestinischen Kurfürsten und die Herzöge aus dem albertinischen Haus. Die Kurfürsten sind seit den Reichsreformbemühungen von 1486 gegen den Kaiser und der ernestische Kurfürst war auch der eigentliche Förderer der Reformation. Hingegen die Albertiner, Helfer der Habsburger in Friesland seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, waren wohl auch durch ihren Gegensatz zu den Ernestinern katholisch geblieben bis 1539, abgesehen von deren politischen Motivationen in dem Böhmen benachbarten meißnischen Sachsen für die Einstellung zur Reformation. In Bayern haben wir umgekehrt in der Begünstigung der Reformation durch die Wittelsbacher, etwa 1530, 1546, 1548, die gleichen politischen Motivationen und sie waren gegen Karl V., obwohl sie katholisch geblieben sind.

Wir haben drei Ausnahmefälle. Der erste ist die Schweiz, den hat Herr Stadler erklärt, wonach man sagen kann, in Deutschland sind die Gründe der Territorien für ihre Reichspolitik in der Reformationszeit vornehmlich verfassungspolitischer und verfassungsrechtlicher Natur. In der Schweiz sind die Gründe für die Annahme oder Ablehnung der Reformation in hervorragender Weise sozialpolitischer Natur. Der zweite Sonderfall ist Brandenburg. Dort haben wir ein Territorium, das protestantisch geworden ist, ohne daß das Verhältnis zur Reichsgewalt dabei eine Rolle spielte. Brandenburg hat sich praktisch eine Konfessionspolitik geleistet, die vor allem vom Fürsten diktiert worden ist. Die Annahme der Reformation spielt für die politische Option keine Rolle. Den letzten Ausnahmefall haben wir bei den Reichsstädten. Bei ihnen ist jedenfalls die Einstellung der Bevölkerung für die Stellung zur Reformation nicht zu übergehen gewesen. Hier haben wir also ebenfalls nicht von einer politisch, sondern einer sozial bedingten Ursache für die Annahme der Reformation auszugehen. Was aber die anderen Territorien betrifft, so scheinen mir die säkularen Aspekte im Hinblick auf die reformatorische Bewegung nicht genügend beachtet zu sein. Insbesondere die Beziehung der Territorialgewalten zum Haus Habsburg müßte viel stärker als bisher in der Forschung berücksichtigt werden.